

Heimisches Potenzial von Wald und Holz nutzen.

Eine klimafreundliche, unabhängige und verlässliche Zukunft gestalten.

Berlin, den 13. Mai 2022

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in ganz Europa und in Deutschland stehen vor enormen Herausforderungen. Der aktuelle Russland-Ukraine-Krieg trifft auf die bestehende menschengemachte Klimakrise und macht den schnellen und notwendigen Wandel hin zu heimischen und nachwachsenden Ressourcen notwendig. Die Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland und die Unterbrechung von Lieferketten haben nicht nur gravierende Folgen für Arbeit und Auskommen vieler Menschen, sondern auch für die Logistik, damit für den Transport von Waren aller Art und die gesicherte Versorgung mit Wärme und Strom.

Wald und Holz stehen gleichsam vor Herausforderungen, bieten jedoch zentrale Lösungen für die Aufgaben der Zukunft. **Holz als wichtigster nachwachsender Rohstoff in unserem Land ist ein aktiver Klimaschützer. Es bindet das CO₂ aus der Atmosphäre, speichert es im Wald und über lange Zeit in Holzprodukten. Zugleich reduziert es die Abhängigkeit von fossilen Energiequellen und Produkten aus anderen Ländern und leistet einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz.** Die Wälder in Deutschland werden nach den international höchsten Standards nachhaltig bewirtschaftet und sind zu weit über 80 Prozent mit Nachhaltigkeitszertifikaten ausgezeichnet. Die heimische Holzverarbeitung ist durch innovative Technik, Effizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien weltweites Vorbild.

Die Forst- und Holzwirtschaft hat sich auch während der Corona-Krise als wirtschaftlicher Stabilitätsanker mit mehr als 1 Million Beschäftigten in 130.000 Unternehmen und knapp 2 Millionen Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern erwiesen. Ohne den Beitrag der Wälder und der Holzverwendung würden die Treibhausgasemissionen Deutschlands um 14 Prozent höher ausfallen. Nachhaltiges Bauen, Wohnen und Heizen mit heimischem Holz sind unverzichtbar für den Wandel hin zur Klimaneutralität.

Es ist nun an der Zeit, das Potenzial unserer heimischen Rohstoffe stärker zu nutzen und nicht durch umfassende Verbote weiter einzuschränken. Holz ist in allen seinen Anwendungsbereichen eine sichere und klimafreundliche Alternative zu fossilen und energieintensiven Materialien aus fernen Ländern.

Die deutsche und europäische Politik ist gefordert, sich wieder auf den Wert ihrer heimischen Rohstoffe und Wertschöpfungsketten zu besinnen sowie Verantwortung für deren Erhalt zu übernehmen. Damit kann sie weltweit Standards für Klimaschutz und Effizienz setzen und gleichzeitig zur Nachhaltigkeit motivieren. Die eigenen nachwachsenden Ressourcen nicht nutzen zu dürfen, ist der falsche Weg.

Wir fordern von der Bundesregierung daher ein klares Bekenntnis zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung und zur stärkeren Holzverwendung im EU Green Deal und dem deutschen Klimaschutz-Sofortprogramm.

Dafür sind Anpassungen und Weichenstellungen in Deutschland und Europa notwendig:

Ausrichtung des Klimaschutz-Sofortprogramms auf Waldbewirtschaftung und Holzverwendung

Um dem Klimawandel wirksam zu begegnen ist es unerlässlich, dass der Wald aktiv klimastabil und zukunftsfest umgebaut wird und Holz in langlebigen Produkten verwendet wird. Der Aufbau von Vorräten im Wald durch Nutzungsbeschränkungen birgt Gefahren für deren Stabilität bei Extremwetterereignissen und lässt CO₂-Speicherpotenziale der Holzverwendung ungenutzt. Daher sollte es Ziel des Klimaschutz-Sofortprogramms sein, die Verbindung von Waldbewirtschaftung und Holzverwendung voranzubringen.

Einstieg in die Honorierung der Klimaschutzleistung der Waldbewirtschaftung und Holzverwendung

Die im Koalitionsvertrag vereinbarte und von der Agrarministerkonferenz geforderte Honorierung der Klimaschutzleistung des Waldes darf nicht zur Stilllegung von Wald führen und muss die aktive Bewirtschaftung des Waldes belohnen. So lässt sich der Waldumbau vorantreiben und die Klimaschutzwirkung durch die Holzverwendung steigern. Die im laufenden Haushaltsjahr bereitgestellten 200 Mio. Euro müssen dazu schnell auf die Fläche gebracht werden. Diese Mittel reichen jedoch nicht aus, um die Klimaschutzleistung im gesamten Wald zu erhalten und zu stärken. Daher fordern wir die Politik zugleich auf, gemeinsam mit unseren Verbänden ein langfristiges Modell zu erarbeiten und dies mit zusätzlichen finanziellen Mitteln zu hinterlegen.

Erhöhung der Fördermittel für die Wiederbewaldung im Bundeshaushalt

Die Klimaerwärmung macht keine Pause – im Gegenteil: Die Beschleunigung des Temperaturanstiegs nimmt weiter zu und damit erhöhen sich auch die Schäden im Wald, die für viele Waldbesitzende existenzielle Sorgen bedeuten. Daher müssen die für die Jahre 2020 bis 2023 bereitgestellten GAK-Mittel für Extremwetterereignisse im Wald, insbesondere für die Wiederbewaldung von Schadflächen, über diesen Zeitraum hinaus den privaten und kommunalen Waldbesitzenden mindestens in gleicher Höhe von wie bisher 200 Mio. Euro jährlich weiter zur Verfügung stehen. Angesichts von geschätzten 13 Mrd. Euro erlittenen Schäden durch Extremwetter allein in den Jahren 2018 bis 2020 ist der tatsächliche Investitionsbedarf im Wald deutlich höher.

Kleinprivatwald stärken – Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse fördern und professionalisieren

In Deutschland gibt es rund zwei Millionen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer. Die kleinen, häufig zersplitterten Waldstücke sind schwierig zu bewirtschaften, haben aber insgesamt eine große Bedeutung für die Holzversorgung und den Klimaschutz und brauchen deshalb eine besondere Unterstützung. Beihilferechtliche Regelungen auf EU-Ebene behindern die Entwicklung von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen und müssen dringend reformiert werden. Nur so kann sich der Kleinprivatwald weiter professionalisieren und seinen Beitrag für die klimafreundliche Bereitstellung der Ressource Holz leisten.

Nachhaltigkeit statt Nutzungsverbote – Überarbeitung der EU-Biodiversitätsstrategie

Das Ziel, auf 10 Prozent der Landfläche Europas unter strengen Schutz zu stellen und damit eine Bewirtschaftung zu verbieten sowie 30 Prozent grundsätzlich unter Schutz zu stellen, würde zu einem Verlust von bis zu 50 Prozent der regionalen Holzversorgung führen und damit die Bauwende hin zu nachhaltigem Wohnraum unmöglich machen. Der Anteil neuer Schutzgebiete sollte daher grundsätzlich neu gedacht und erheblich reduziert werden.

Überarbeitung der CO₂-Minderungsziele der LULUCF-Verordnung und des deutschen Klimaschutzgesetzes

Das Cluster Forst und Holz unterstützt grundsätzlich das Ziel der EU und Deutschlands, Klimaneutralität zu erreichen. Allerdings wird die Umsetzung der europäischen und deutschen Klimaschutzvorgaben mit Blick auf den Wald sehr kritisch gesehen: Die langfristigen CO₂-Reduktionsziele für den Wald sind unrealistisch und basieren auf keiner wissenschaftlichen Grundlage. Sie sind nur durch großflächige Nutzungsverbote zu erreichen. Als Folge wird nicht nur die Störungsanfälligkeit der Wälder erhöht, sondern die Holzverwendung und damit der langfristige CO₂-Speicher in Holzprodukten sowie die CO₂-Reduktionen in den Sektoren Industrie, Gebäude und Energie nicht realisierbar. Es ist daher eine grundlegende Neuausrichtung, wissenschaftliche Herleitung und Folgenabschätzung der europäischen und nationalen CO₂-Senkenziele im LULUCF-Sektor notwendig.

Keine Einschränkung der Bewirtschaftung von Buchenwäldern

Die Steigerung der stofflichen Verwendung von Laubholz wird durch die geplante Extensivierung und den Einschlagstopp in alten Buchenwäldern konterkariert und der heimischen Holzverarbeitung damit ihre Rohstoffgrundlage entzogen. Um jedoch die Verwendung heimischen Holzes in langlebigen Verwendungen zu stärken, sollten weder Einschlagstopps noch Moratorien oder weitere Einschränkungen eingeführt werden, die dieser klimaschonenden Nutzung entgegenstehen.

Förderprogramme für den stofflichen Einsatz von Laubholz

Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen haben in der Regel eine bessere Klimabilanz als Produkte auf fossiler Basis, weshalb ihr vermehrter Einsatz in allen Verwendungsbereichen geprüft und wo nötig gefördert werden sollte. Wegen des in Zukunft veränderten heimischen Rohstoffangebots sollte insbesondere die stoffliche Laubholzverwendung im Fokus von Förderprogrammen stehen.

Holzbauoffensive der öffentlichen Hand durch einen Mindestanteil nachwachsender Rohstoffe bei öffentlichen Bau- und Sanierungsvorhaben

Auf dem Weg zur Klimaneutralität im Gebäudesektor bis zum Jahr 2050 sollten Bund, Länder und Kommunen ihre Vorbildfunktion durch eine Holzbau-Offensive mit einem Mindesteinsatz von Holz oder weiteren nachwachsenden Rohstoffen von 50 Prozent bei öffentlichen Bau- und Beschaffungsvorhaben umsetzen. Insbesondere sollten noch bestehende (bau)ordnungsrechtliche Hemmnisse für das klimafreundliche Bauen mit Holz abgebaut werden. Das betrifft vor allem regulatorische Vorgaben zum Brandschutz sowie zum Emissionsverhalten von Bauprodukten.

Aufstockung und Neuausrichtung der KfW-Förderprogramme für Neubau und Sanierung auf Klimaschutz

Für die Bauwende hin zu einem klimaneutralen Gebäudesektor sind verlässliche, planbare und praxistaugliche Rahmenbedingungen für Neubau und Sanierung unerlässlich. Die finanzielle Aufstockung und Neuausrichtung der KfW-Förderprogramme sollte sich an den Klimawirkungen über den gesamten Lebenszyklus der Gebäude und Baustoffe ausrichten.

Praxistaugliche Energieerzeugung aus Holz

Die nachhaltige energetische Nutzung von Holz ist ein wichtiger Bestandteil der Energiewende und sollte so ressourcen- und energieeffizient wie möglich erfolgen. Besonders eine stoffliche Nutzung in mehreren Kreisläufen, an deren Ende die energetische Nutzung steht, trägt zum Ersatz fossiler Quellen und zum Klimaschutz bei. Es sind daher Technologien, Geschäftsprozesse und Produkte zu fördern, welche die Kreislaufwirtschaft sowie die effiziente Nutzung von Ressourcen und Energie stärken.

Mitzeichnende Verbände der Forst- und Holzwirtschaft



Familienbetriebe Land und Forst



Hauptverband der Deutschen Holz- und Kunststoffe verarbeitenden Industrie und verwandter Industriezweige



Deutsche Säge- und Holzindustrie



AGDW – Die Waldeigentümer



Gesamtverband Deutscher Holzhandel



Bundesverband Deutscher Fertigbau



Deutscher Holzfertigbau-Verband



Tischler Schreiner Deutschland



Verband der Deutschen Möbelindustrie



Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie



HPE Bundesverband Holzpackmittel • Paletten • Exportverpackung



Verband Fenster + Fassade



Studiengemeinschaft Holzleimbau



Holzbau Deutschland



Arbeitsgemeinschaft Rohholz



Netzwerk der Forstunternehmen und Forsttechnik



Verband der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie Rheinland-Pfalz



Verband der Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung Baden-Württemberg



Verband der Rheinland-Pfälzischen Säge- und Holzindustrie



Verband der Holzwirtschaft und Kunststoffverarbeitung Bayern / Thüringen



Überwachungsgemeinschaft KVH



Verband Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen



Bundesverband Innenausbau



Verband der deutschen Parkettindustrie



Fachverband Holzenergie



Deutscher Forstverein